



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
neben dem Dauerthema Corona hat uns alle das Thema Kindesmissbrauch in den letzten Tagen wieder stark beschäftigt. Dabei ging es nicht nur um den Fall Maddie, der europaweit für Schlagzeilen gesorgt hat. Betroffen gemacht hat der Fall von massenhaften Kindesmissbrauch und Kinderpornographie eines Pädokriminellen-Rings in Münster. Laut Polizeistatistik sind die Fälle von Kindesmissbrauch im letzten Jahr um 11 Prozent gestiegen.

Das alles hat gezeigt, dass wir noch mehr zum Schutz der Schutzlosesten in un-

serer Gesellschaft tun müssen. Es ist erfreulich, dass Bundesjustizministerin Lambrecht nach anfänglichem Zögern nun auch eingesehen hat, dass hier Handlungsbedarf herrscht. Es geht vor allem darum, dass die Ermittlungsbehörden endlich umfassende Befugnisse erhalten, um den Tätern auf die Spur zu kommen. Notwendig sind z.B. Online-Durchsuchungen. Auch kann es nicht sein, dass Pädokriminelle nach ein paar Jahren wieder ein sauberes Führungszeugnis erhalten.

Bereits auf gutem Weg ist der Ausbau der Betreuungskapazitäten in Kitas und Grundschulen. Das

Bundeskabinett hat diese Woche beschlossen, dafür in diesem und im kommenden Jahr jeweils eine Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Geld können 90.000 neue Betreuungsplätze in Kitas und der Kindertagespflege geschaffen werden.

Bleiben Sie alle gesund und helfen Sie dabei, dass andere gesund bleiben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Erste Kinder und Jugendsprechstunde in Beeskow

Nach Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder das Recht auf Äußerung und Berücksichtigung ihrer Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Diesen Artikel möchte ich mit Leben füllen. Deshalb biete ich am Samstag, den 4. Juli 2020, eine spezielle Sprechstunde nur für Kinder und Jugendliche an. Wir sind verpflichtet der jungen Generation so früh wie möglich Gehör, Mitbe-

stimmung und Teilhabe an politischen Entscheidungen zu ermöglichen. Nur wer lernt, dass die eigene Stimme zählt, wird sich für unsere Demokratie und unser Gemeinwohl einbringen.

Ich bin sehr interessiert daran, was Kinder und Jugendliche, auch gerade in dieser schwierigen Zeit, bewegt und freue mich auf ihre Perspektiven!

Aufgrund der zu treffenden Hygienemaßnahmen bit-

ten wir um eine Anmeldung über Frau Skrollan Olschewski, martin.patzelt.ma05@bundestag.de.

Kinder- und Jugendsprechstunde mit Martin Patzelt MdB

04.07.2020 ab 11:00 Uhr

Geschäftsstelle

CDU Kreisverband Oder-Spree

Breite Str. 40

15848 Beeskow

Neue Funktion in der Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

In dieser Woche habe ich als Nachfolger für meinen Kollegen Uwe Feiler den stellvertretenden Vorsitz in der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe übernommen. Ich sehe das neue Amt als kontinuierliche Fortsetzung meiner früheren Tätigkeiten in der Grenzstadt Frankfurt (Oder). Es ist für mich eine große Freude und Ehre, in dieses Amt berufen worden zu sein.

Während meiner früheren politischen Arbeit zunächst als Sozialdezernent, dann als Oberbürgermeister hatte ich stets Wert gelegt auf gute Beziehungen zu unserem polnischen Partner auf der anderen Seite der Oder. Viele Brücken haben wir in vergangenen Jahren zusammengebaut und dafür Sorge und Verantwortung getragen, dass zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in Slubice und Frankfurt (Oder) ein gutes freundschaftliches Mitei-



Zusammen mit dem Oberbürgermeister von Slubice, Mariusz

ander entsteht und weiter gepflegt wird.

Viel Wert habe ich zusammen mit meinem polnischen Amtskollegen auf ein kooperatives Miteinander der Entwicklung und ein gemeinsames Marketing beider Städte gelegt. Unter dem Motto „Doppelstadt Frankfurt und Slubice“ waren wir international oft gemeinsam unterwegs. Deshalb bin ich sehr

froh, dass die Corona-bedingte Schließung der Grenze nun wieder beendet ist und die Brücke über die Oder uns wieder miteinander verbindet.

Seit 2010 bin ich Ehrenbürger der polnischen Partnerstadt Slubice. Vor zwei Wochen wurde ich zudem zum Botschafter der Stadt auf der anderen Oderseite ernannt.

Aktion gegen Kindesmissbrauch

Der Münsteraner Kindesmissbrauchsfall hat es wieder deutlich gemacht: Kinder müssen besser geschützt werden. Dabei kann bereits die gesteigerte Sensibilität für das Thema Kindesmissbrauch viel bewirken. Wo Lehrer, Ärzte, Nachbarn, Bekannte und Ver-

wandte genau hinsehen, kann mancher stiller Leidensweg beendet werden.

Deshalb beteiligen sich die CDU Kreisverbände Oder-Spree und Frankfurt (Oder) an der Aktion „#keinkindalleinlassen“ des Unabhängigen Beauftragten

für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. In Apotheken, Arztpraxen, Supermärkten und Ladengeschäften werden Flyer und Plakate mit dem Hinweis auf konkrete Hilfsangeboten ausgelegt.

Alle Menschenrechte gelten offline wie online

„Menschenrechte und politische Teilhabe im digitalen Zeitalter“, so lautete das Thema der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 17. Juni 2020. Alle Menschenrechte gelten offline wie online, so die Quintessenz.

In der öffentlichen Anhörung wurde u.a. darüber gesprochen, wie die Digitalisierung, wie die Kontroll- und Überwachungssoftware mit Gesichtserkennung autoritärer Regimes (Beispiel China) und wie Instrumente, die digital sowohl positiv als auch negativ genutzt werden können, auf die menschenrechtliche Ebene wirkt.

Die rasante Entwicklung des Internets beeinflusst sowohl privates als auch öffentli-

ches Kommunikationsverhalten. Die Corona-Zeit zeigt es ganz deutlich. Das Internet ist seit Jahren eines der wichtigsten Mittel geworden, mit dem wir unsere Rechte ausüben können, insbesondere die der Informations- und Meinungsfreiheit. Immer mehr wird sich das Internet als unverzichtbares Instrument zur Teilhabe an Aktivitäten und Diskussionen politischer Themen erweisen.

Menschenrechtsverletzungen im digitalen Zeitalter können schon da beginnen, wo repressive Staaten das Internet bewusst abschalten wie zum Beispiel China, Myanmar, Libyen, Syrien und Indien, um Informationen an bestimmte Menschengruppen, aber auch mögliche Mobilisierungen der Bevölkerung zu verhindern. Die andere Seite ist, dass Minder-

heiten, entrechtete Menschengruppen und MenschenrechtsverteidigerInnen im Internet Diskriminierungen und Hassreden ausgesetzt werden können, die privater, aber auch systemischer Natur sein können.

Da Deutschland 2020 Mitglied sowohl im Menschenrechtsrat als auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist - und damit in zwei bedeutenden Gremien des Menschenrechtsschutzes -, fordere ich nachdrücklich, dass Deutschland sich international effektiv für den Schutz der Menschenrechte und der politischen Teilhabe im digitalen Zeitalter einsetzt und sich gegen die Praktiken der Staaten ausspricht, die gegen die Grundsätze des globalen Menschenrechtsschutzes agieren.

Gegen Hetze im Netz

Hasskriminalität und Rechtsextremismus sind zu einem großen Problem in den sozialen Netzwerken geworden. Dem sagen wir mit dem am Donnerstag (18.6.2020) im Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz den Kampf an. Wie gefährlich Hassparolen im Internet sein können, haben uns die schrecklichen Taten von Halle/Saale, in Hanau und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke eindringlich vor Augen geführt.

Deshalb verpflichten wir mit diesem Gesetz jetzt Facebook, Twitter und Co., künftig strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden, damit eine Strafverfolgung eingeleitet werden kann. Diese Meldepflicht gilt auch für Kinderpornografie. Gerade die in jüngster Zeit aufgedeckten Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern haben uns noch einmal darin bestätigt, dass wir entschlossener gegen diese Verbrechen an Kindern vorgehen müssen. Weiterhin werden mit diesem Gesetz unsere Kommunalpoliti-

ker künftig unter denselben strafrechtlichen Schutz bei Beleidigungen und Drohungen gestellt wie Landes- oder Bundespolitiker. Denn Drohungen gegen unsere Bürgermeister und Gemeindevertreter gehören leider inzwischen zum Alltag. Nicht zuletzt schützen wir damit medizinisches Personal in ärztlichen Notdiensten und in Notaufnahmen strafrechtlich in gleicher Weise wie Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Stärkung der ehrenamtlichen Helfer

Über verbale Wertschätzung, Auszeichnungen, Urkunden hinaus erwarten Millionen Ehrenamtler keine Lippenbekenntnisse, sondern faktische Unterstützung für ihre Arbeit, insbesondere an den Stellen, wo sie sich behindert, gegängelt oder allein gelassen fühlen.

Ehrenamtliche Helfer sind die Säulen unserer Demokratie. Als Berichterstatter für bürgerschaftliches Engagement freue ich mich ganz besonders, dass wir unsere Unterstützung für Ehrenamtliche und freiwillige Helfer weiter ausbauen wollen. Wir haben dazu am Dienstag (16.6.2020) das Positionspapier „Ehrenamts-gesetz 2021“ beschlossen.

Unsere Ziele hierbei sind die Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags von 2.400 Euro auf 3.000 Euro pro Jahr. Ebenso soll die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro erhöht werden. Die Erhöhung soll dabei all diejenigen Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die nicht

in den Anwendungsbereich des Übungsleiterfreibetrags fallen, sich aber gleichwohl ehrenamtlich engagieren. Hierzu zählen zum Beispiel Schriftführerinnen und Schriftführer oder Kassenwarte von gemeinnützigen Vereinen. Auch strukturell sollen die Vereine eine Erleichterung erfahren. Die Freigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb soll von 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Sachspenden an gemeinnützige Vereine nicht mehr mit Umsatzsteuer belastet werden. Gemeint sind insbesondere Rücksendungen im Onlinehandel. Auch im Bereich des E-Sports werden wir eine rechtliche Klärstellung der Behandlung von E-Sports herbeiführen.

Wir wurden immer wieder auf die hohe Bürokratiebelastung angesprochen. Sie erschwert die Arbeit der Ehrenamtlichen erheblich und ist ein Zeitfresser. Nun wol-

len wir den Betrag, bis zu dem ein vereinfachter Spendennachweis möglich ist, von 200 auf 300 Euro anheben. Spenden können dann durch den Überweisungsbeleg oder den Kontoauszug nachgewiesen werden, wenn der Verein begünstigt ist.

Kleine Vereine wollen wir bei der Mittelverwendung entlasten. Gemeinnützige Körperschaften sind zu einer zeitnahen Mittelverwendung innerhalb von zwei Jahren verpflichtet. Diesen Zeitraum wollen wir für kleine Vereine auf fünf Jahre verlängern.

Kommende Woche werde ich an der Gründungsfeier der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Neustrelitz teilnehmen. Ich bin froh darüber, dass die Stiftung nun bald ihre Arbeit aufnehmen kann. Ein weiterer Meilenstein zur Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer.